

WILHELM WEBER

Politische Bildung

Planungsmaterial aus einer integralen Konzeption

Die Politisierung des öffentlichen Bewußtseins hat seit einigen Jahren ein früher nie gekanntes Ausmaß erreicht. Sie hat den Bildungs- und Schulbereich, aus dessen Hochschulsektor sie ihre ersten Impulse erhielt, inzwischen in voller Breite besetzt. In den Schulen, angefangen von der Primarstufe und vielleicht in wenigen Jahren schon bis in den vorschulischen Bereich hinabsteigend, werden die Weichen für den Kurs der künftigen allgemeinen und besonders der Gesellschaftspolitik gestellt.

Die z. T. erbitterten Kontroversen um die Rahmenrichtlinien des hessischen Kultusministeriums für Gesellschaftslehre im Jahre 1973 haben einer breiteren Öffentlichkeit zum Bewußtsein gebracht, worum es geht. Es handelt sich um eine politische Entscheidung erster Ordnung und nicht um eine esoterische Fachdiskussion in Spezialistenzirkeln.

Das allgemein in den verschiedenen Richtlinien und Rahmenlehrplänen proklamierte Ziel, die Schule und alle Bildungseinrichtungen in den Dienst der Entfaltung von Selbständigkeit und aktiver Teilnahme des Bürgers an allen gesellschaftlichen Prozessen zu stellen, findet selbstverständliche Billigung. Die Kontroverse geht um die Frage, wie das zu erreichen sei. Wie bei allen Dingen, so steckt auch hier der Teufel im Detail.

Wer mündige, entscheidungsfähige und teilnahmebereite Bürger heranzubilden will, läßt sich auf ein Risiko ein; denn Mündigkeit, Entscheidungsfähigkeit und verantwortungsbewußte Teilnahme am gesellschaftlichen Leben verbieten eine einseitige Indoktrinierung oder die Absolutsetzung einer einzigen wissenschaftlichen Methode. Deshalb muß der lernende Mensch, entsprechend seinem jeweiligen Verständnis-horizont, an die ganze Komplexität der gesellschaftlichen Wirklichkeit herangeführt werden.

Lehr- und Lernmaterial für die politische bzw. gesellschaftspolitische Bildung muß daher aus einer möglichst integralen Konzeption vom Menschen und von der Gesellschaft bereitgestellt werden.

Weder eine einzelne Fachdisziplin noch eine einzige total gesetzte Interpretationsmethode kann diesem Anspruch genügen. Erst die Verfügung über alle heute greifbaren Erkenntnisse und methodischen Ansätze kann dazu verhelfen, Möglichkeiten und Grenzen von Problemlösungen für politische und gesellschaftliche Fragen jenseits ideologischer und utopischer Engführungen aufzuzeigen.

Wieweit diesem Idealanspruch in der Realität entsprochen werden kann, das ist allerdings eine andere Frage. Das hängt nicht zuletzt davon ab, welche Autoren mit entsprechendem Gesamtüberblick für die Erarbeitung von didaktisch geschickt zusammengestelltem Material gefunden werden können.

Soweit möglich, sollten zu jedem Themenkomplex viele Aspekte inhaltlicher und methodischer Natur herangezogen werden, wobei die heute stark vernachlässigte geschichtliche Schau besonders geeignet erscheint, die partielle historische Relativität auch des jeweiligen aktuellen Erkenntnishorizonts bewußt werden zu lassen.

Die Tradition kirchlicher Soziallehren in Vergangenheit und Gegenwart (katholische Soziallehre und evangelische Sozialethik) kann gerade angesichts der seit den letzten Jahren massiv einsetzenden Re-Ideologisierung der politischen Diskussion für sich in Anspruch nehmen, seit eh und je eine integrative Funktion ausgeübt zu haben und sich auch für die Gegenwart und Zukunft für eine solche Integration zu empfehlen. Als der Versuch eines echten »dritten Weges« zwischen Liberalkapitalismus und allzu sehr auf zentralistische und etatistische Modelle eingeschworenen gesellschaftspolitischen Systemen bieten sich die Soziallehren der Kirchen als integrale Konzeption vom Menschen und seiner Gesellschaft an.

Das nachfolgend abgedruckte Muster eines »Werkhefts zur politischen Bildung« wird hiermit zur Diskussion gestellt. Zur Erläuterung sei folgendes vorausgeschickt:

- Das Stichwort »Unternehmergewinn« ist eine Zufallsauswahl. An ihm läßt sich jedoch eine ganze Reihe von Intentionen, die mit diesem Werkheft verbunden werden, gut exemplifizieren; historische, ökonomische und ethische Aspekte können unter diesem Stichwort recht gut illustriert werden. Das wird nicht immer in gleicher Weise möglich sein. Unter anderen Stichworten oder Themen (z. B. »Friedensforschung«) könnten historische, soziologische, psychologische, verhaltenswissenschaftliche, theologische Aspekte zur Sprache kommen. Das wird von Stichwort zu Stichwort unterschiedlich sein;

- es ist daran gedacht, den Gesamtstoff in mehrere Sachkomplexe aufzuteilen, etwa wie folgt: I. Prinzipien und Grundkräfte des sozialen Lebens, II. Staat und Politik, III. Die Wirtschaft, IV. Gesellschaftlicher Pluralismus: Parteien, Verbände, freie gesellschaftliche Gruppen, V. Die Familie, VI. Weltinnenpolitik: Friedens- und Entwicklungsfragen, regionale Zusammenschlüsse (EG), Weltorganisationen (UN), VII. . . . , VIII. . . . ;
- aus diesen Sachkomplexen wären dann unter fortlaufenden Ziffern (1, 2 . . .) einzelne Stichworte oder Spezialthemen abzuhandeln. So erklärt sich die Numerierung III/12 für das nachfolgend als Muster ausgewählte Stichwort »Unternehmergewinn«;
- aus drucktechnischen Gründen und um die Herstellung möglichst kostengünstig zu halten, soll jedes Werkheft einen Umfang von je einem Druckbogen (16 Druckseiten) nicht überschreiten. Bei Bedarf wird man unter dem einen oder anderen Stichwort getrennte Fortsetzungshefte ins Auge fassen müssen;
- eigene Sammelordner für die einzelnen Sachkomplexe von I bis XY können die gelochten Einzelhefte aufnehmen, so daß im Laufe der Zeit eine stattliche Sammlung von didaktischem Material anfällt. Auf diese Weise können bei Bedarf auch einzelne Hefte durch aktuellere Zweit- und Drittauflagen ersetzt und ausgewechselt werden.

Mit der Präsentation des nachfolgend abgedruckten Musters verbindet sich folgender Wunsch. Der Leser, insbesondere Fachkollegen aus dem Gebiet der katholischen Soziallehre bzw. evangelischen Sozialethik, werden um konstruktive Kritik und um gezielte und möglichst präzise formulierte Anregungen gebeten. Diese Kritik und diese Anregungen sollten vor allem folgende Punkte berücksichtigen:

- Wahl eines geeigneten Gesamttitels. Der Titel »Werkhefte zur politischen Bildung« ist nur ein vorläufiger Arbeitstitel;
- Kritik am vorliegenden Muster in bezug auf Aufbau, Auswahl der historischen Texte, Präsentation in Sprache und Argumentationsstil (zu abstrakt, zu schwierig für ein allgemeineres Verständnis; Einschätzung der Voraussetzungen, die für das Verständnis des vorgestellten Musterheftes erforderlich wären, z. B. abgeschlossene Hauptschule, abgeschlossene kaufmännische Lehre, Abitur usw.);
- Anregungen, wie die globalen Sachkomplexe von I bis XY zu umschreiben wären;
- Anregungen für die fortlaufende Untergliederung der globalen Sachkomplexe (Stichworte; Spezialthemen);

- Angebote, selbst an einem Sachkomplex mitzuarbeiten. Für diesen Fall wären konkretere Angaben über bevorzugte Stichworte oder Spezialthemen erwünscht, um bereits bald ein erstes Gliederungsgerüst erstellen zu können.

Kritik und Anregungen, für die hier schon im voraus gedankt wird, werden erbeten an: Prof. DDr. Wilhelm Weber, Institut für Christliche Sozialwissenschaften der Universität, 44 Münster/Westf., Pferdengasse 3.

Musterheft »Unternehmerge Gewinn« s. S. 179 ff.

III. Die Wirtschaft

III/12 Unternehmergeinn (UG)

Bearbeiter: Prof. DDr. Wilhelm Weber,
Münster/Westf.

Zum Stichwort:

1. In einer Marktwirtschaft fällt den Unternehmern (natürlichen Personen in einer »Personalgesellschaft«: Einzelunternehmern, Gesellschaftern einer oHG, KG usw.) bzw. den Unternehmen (juristischen Personen in Form einer »Kapitalgesellschaft« wie: AG, GmbH usw.), wenn sie Erfolg haben, ein Ergebnis zu, das man als *Gewinn* bezeichnet (Unternehmer- bzw. Unternehmensgewinn). Der Gewinn eines Unternehmers ist – vereinfacht – die positive Differenz (Saldo) zwischen Erlös und Kosten in einem Wirtschaftsjahr. – Die Differenz kann auch negativ sein. Dann erleidet der Unternehmer (das Unternehmen) einen *Verlust*.

2. Insbesondere seit der Kritik von *Karl Marx* (1818–1883) am Kapitalismus steht der Gewinn als Einkommensform des Unternehmers (Marx spricht nicht von Gewinn, sondern – abwertend – von »Profit«; er kennt auch nicht den Unternehmer, sondern – wiederum abwertend – nur den »Kapitalisten«) unter heftigem Beschuß. Für Marx und seine Anhänger ist der Gewinn nichts anderes als »Mehrwert«, d. h. aber jener Teil des Arbeitsertrages, den der Arbeiter nicht erhält, sondern den sich der Kapitalist aneignet. Der Gewinn bzw. Profit ist folglich ausbeuterisches Einkommen des Kapitalisten. Die Forderung, die sich in der sozialistischen Bewegung seit *Ferdinand Lassalle* (1825 bis 1864) daraus ableitet, lautet: »Recht auf den vollen Arbeitsertrag«! Kein Profit – keine Ausbeutung!

3. Sowohl über den Begriff wie über die volkswirtschaftliche Höhe als auch über die wirtschaftlich wichtigen Funk-

tionen des Gewinns in einer modernen, arbeitsteiligen Volkswirtschaft herrschen in der Öffentlichkeit vielfach sehr unklare Vorstellungen.

Inhalt:

- I. Der Gewinn im Urteil der Geschichte
- II. Kritische Stellungnahme zum Urteil der Geschichte
- III. Begriff, Höhe und Funktionen des Unternehmergewinns

I. Der Gewinn im Urteil der Geschichte

1. Altertum (Griech. Philosophie):

Im vorchristlichen Altertum rügte der griechische Philosoph *Aristoteles* (384–322/21 v. Chr.) in der Nachfolge seines Lehrers *Platon* (ca. 428–348 v. Chr.) das auf gewinnbringenden Warenumsatz ausgerichtete Gelddenken («Chrematistik»: v. griech. *chremata* = Geld). Die krämerhafte Erwerbskunst hat das ganze politische, gesellschaftliche und künstlerische Leben ergriffen, so daß sich »alles Dichten und Trachten auf den Gelderwerb richtet«. Auch die politischen Tugenden werden dadurch untergraben: Wehrwillen und Bürgersinn (vgl. *Aristoteles*, *Nikomachische Ethik*, Buch 9/Ende und 10/Anfang).

Gewinn-
denken
korrumpiert

2. Frühes Christentum:

Im frühen Christentum verurteilen die Kirchenväter im Anschluß an die griechische Ethik und an die Bibel (Weherufe Jesu über »die Reichen«) das unersättliche Streben nach immer mehr Gewinn und Reichtum, nicht jedoch Geld und Reichtum als solche, wenn sie richtig verwertet wurden. Sünde liegt in der Habsucht, nicht im Reichtum. Als Beispiel unter vielen hier ein Text des lateinischen Kirchenvaters *Ambrosius* (ca. 339–397):

»Mag Geld und Gut viele Verlockungen zur Sünde bergen: es birgt doch auch manchen Ansporn zur Tugend. Wohl gehört zur Tugend nicht notwendig materielles Wohltun, und das Trostwort eines Armen empfiehlt sich mehr als die freigebige Gabe eines Reichen; gleichwohl verurteilt der Herr kraft himmlischen Ausspruches nicht jene, die Reichtum besitzen, sondern jene, die ihn nicht zu gebrauchen verstehen. Wie jener Arme um so lobenswerter ist, der rasch und gern gibt, ohne sich wegen der drohenden Dürftigkeit hiervon abschrecken und abhalten zu lassen, und sich nicht für notleidend hält, solange er das zu seinem leiblichen Fortkommen Ausreichende besitzt: so ist um so sündhafter der Reiche, der für das, was er empfangen, Gott hätte danken, das Geld, das zum allgemeinen Gebrauch da ist, nicht nutzlos hätte zurücklegen und die Schätze nicht in die Erde vergraben und sich darauflegen sollen. Nicht das Geld also, sondern die Gesinnung ist sündhaft. Wohl bringt der habgierige Geist sein ganzes Leben mit einer Wachsamkeit zum Erbarmen in angstgequälter Ruhelosigkeit hin, so daß es keine schwerere Strafe geben könnte; gleichwohl gehen sie, die insofern den Trost des gegenwärtigen Lebens hatten, als das Sinnen und Trachten der Habsucht an der eiteln Gier des Zusammenraffens sich ergötzte, auch noch des Lohnes, des ewigen Lebens, verlustig« (Ambrosius, Lukas-Kommentar, 5,69).

*Habsucht
ist Sünde,
nicht das
Geld*

3. Mittelalter (Scholastik):

In der mittelalterlichen Scholastik erscheint der Handel und damit der Beruf des Kaufmanns seit *Thomas von Aquin* († 1274) als mit dem Schein der moralischen Minderwertigkeit behaftet, jedenfalls bei vielen bedeutenderen Theologen. »Der Handel«, so sagt Thomas, »ist, in sich betrachtet, mit einer gewissen Häßlichkeit behaftet«. Eine ähnliche Einstellung finden wir bei vielen anderen, ja bei den meisten Scholastikern. Der Handel erzeugt, so der Dominikaner *Domingo de Soto* (1494–1560), »ich weiß nicht, woher das kommt, im Unterschied zu allen anderen Beschäftigungen und Berufen, einen unstillbaren Durst nach

Handel
wegen
Gewinn-
gier häß-
lich

Gewinn«, und so haftet ihm, selbst wenn er an sich »indifferent ist wie das Essen, eine gewisse Häßlichkeit an«. Während Bauern und Handwerker zufrieden ihrem Beruf nachgehen, sind die Kaufleute »von der größten Gewinn gier erfüllt und darin den Glücksspielern ähnlich«. Nach *Domingo Bañez* (1528–1604), ebenfalls einem Dominikaner, gehört das Gewinnstreben zu den Dingen, die »einen schlechten Ruf haben, wie etwa der Besitz mehrerer Benefizien«. Für *Juán de Medina* (1490–1546) darf das Geldverdienen nicht zum einzigen und letzten Ziel des Lebens werden; »denn wenn man auch die größten Reichtümer, die einem Gott geschenkt hat oder die man sich redlich erworben hat, besitzen darf, so darf man doch nicht so nach diesen Reichtümern verlangen, als wenn sie in sich und an sich erstrebenswert wären« (vgl. *Wilhelm Weber*, *Der Unternehmer. Eine umstrittene Sozialgestalt zwischen Ideologie und Wirklichkeit*, Köln 1973, 18 f.).

4. Neuzeitlicher Sozialismus:

a) Marxismus

Im Marxismus wird aus der individuellen Ungerechtigkeit »der Reichen« gegenüber »den Armen« der vorindustriellen Wirtschaftsgesellschaft die systembedingte Ausbeutung »des Kapitalismus« gegenüber »dem Proletariat«. Nach *Karl Marx* erfolgt die Ausbeutung so:

»... Die kapitalistische Produktion ist nicht nur eine Produktion von Ware, sie ist wesentlich Produktion von Mehrwert. Der Arbeiter produziert nicht für sich, sondern für das Kapital. Es genügt daher nicht länger, daß er überhaupt produziert. Er muß Mehrwert produzieren. Nur der Arbeiter ist produktiv, der Mehrwert für den Kapitalisten produziert oder zur Selbstverwertung des Kapitals dient ...

... Der Kapitalist zahlt den Wert bzw. davon abweichenden Preis der Arbeitskraft und erhält im Austausch die Verfügung über die lebendige Arbeitskraft selbst. Seine Nutznießung dieser Arbeitskraft zerfällt in zwei Zeit-

spannen. Während der einen Zeitspanne produziert der Arbeiter nur einen Wert gleich dem Wert seiner Arbeitskraft, also nur ein Äquivalent. Für den vorgeschossenen Preis der Arbeitskraft erhält so der Kapitalist ein Produkt vom selben Preis. Es ist, als ob er das Produkt fertig auf dem Markt gekauft hätte. In der Zeitspanne der Mehrarbeit dagegen bildet die Nutznießung der Arbeitskraft Wert für den Kapitalisten, ohne ihm einen Wertersatz zu kosten. Er hat diese Flüssigmachung der Arbeitskraft umsonst. In diesem Sinne kann die Mehrarbeit unbezahlt heißen. Das Kapital ist also nicht nur Kommando über Arbeit, wie A. Smith sagt. Aller Mehrwert, in welcher besonderen Gestalt von Profit, Zins, Rente usw. er sich später kristallisierte, ist seiner Substanz nach Verkörperung unbezahlter Arbeitszeit. Das Geheimnis von der Selbstverwertung des Kapitals löst sich auf in seine Verfügung über ein bestimmtes Quantum unbezahlter fremder Arbeit« (Karl Marx, Das Kapital, 1867, V. Abschnitt, 14. u. 16. Kapitel).

*Unternehm-
ergewinn
ist »Mehr-
wert«,
»Profit«,
Ausbeu-
tung*

b) Ferdinand Lassalle

Der deutsche Sozialist *Ferdinand Lassalle* sieht im Unternehmergewinn vorenthaltenen Lohn, der nur dadurch beseitigt werden kann, daß die Arbeiter ihre Unternehmen in Selbstverwaltung nehmen und damit sozusagen ihre eigenen Arbeitgeber werden (»Produktivassoziationen«). In seinem berühmt gewordenen »Offenen Antwortschreiben«, der Essenz seines Programms aus dem Jahre 1863, schreibt Lassalle:

»2. Das eherne ökonomische Gesetz, welches unter den heutigen Verhältnissen, unter der Herrschaft von Angebot und Nachfrage nach Arbeit, den Arbeitslohn bestimmt, ist dieses: daß der durchschnittliche Arbeitslohn immer auf den notwendigen Lebensunterhalt reduziert bleibt, der in einem Volke gewohnheitsmäßig zur Fristung der Existenz und zur Fortpflanzung erforderlich ist . . .

. . . Dieses Gesetz kann von niemand bestritten werden. Ich könnte Ihnen für dasselbe ebenso viele Gewährsmänner anführen, als es große und berühmte Namen in der nationalökonomischen Wissenschaft gibt, und zwar aus der libe-

ralen Schule selbst, denn gerade die liberale ökonomische Schule ist es, welche selbst dieses Gesetz entdeckt und nachgewiesen hat.

Unternehmergewinn ist vor-enthalten-ner Lohn . . . Von dem Arbeitsertrag (der Produktion) wird zunächst so viel abgezogen und unter die Arbeiter verteilt, als zu ihrer Lebensfristung erforderlich ist (Arbeitslohn).

Der ganze Überschuß der Produktion – des Arbeitsertrages – fällt auf den Unternehmeranteil.

Den Arbeiterstand zu seinem eigenen Unternehmer machen – das ist das Mittel, durch welches – und durch welches allein – wie Sie jetzt sofort selbst sehen, jenes eherne und grausame Gesetz beseitigt sein würde, das den Arbeitslohn bestimmt!

Wenn der Arbeiterstand sein eigener Unternehmer ist, so fällt jene Scheidung zwischen Arbeitslohn und Unternehmergewinn und mit ihr der bloße Arbeitslohn überhaupt fort und an seine Stelle tritt als Vergeltung der Arbeit: der Arbeitsertrag.

Die Aufhebung des Unternehmergewinns in der friedlichsten, legalsten und einfachsten Weise, indem sich der Arbeiterstand durch freiwillige Assoziationen als sein eigener Unternehmer organisiert, die hiermit und hiermit allein gegebene Aufhebung jenes Gesetzes, welches unter der heutigen Produktion von dem Produktionsertrag das eben zur Lebensfristung Erforderliche auf die Arbeiter als Lohn und den gesamten Überschuß auf den Unternehmer verteilt, das ist die einzig wahrhaftige, die einzige seinen gerechten Ansprüchen entsprechende, die einzige nicht illusionäre Verbesserung der Lage des Arbeiterstandes« (aus: Offenes Antwortschreiben an das Zentralkomitee zur Berufung eines allgemeinen deutschen Arbeiterkongresses zu Leipzig, 1863).

5. Neuere katholische Soziallehre:

a) Papst Pius XII. (1939–1958)

Pius XII. will, daß kein nicht durch Leistung gerechtfertigter Gewinn anfalle:

»Was die Kirche in enge Beziehungen zum Kaufmannsstande gebracht hat, war ihre immerwährende Sorge um den hohen sittlichen Wert dieses Berufes. Vielleicht denken Sie bei diesen Worten an die Geschichte der Gesetzgebung gegen den Wucher, und gewiß können Sie das. Wie man auch die Stellungnahme der Kirche kritisieren mag, ein Punkt darf nicht mit Schweigen übergangen werden: Es handelte sich darum, eine tatsächliche kaufmännische Aktivität sicherzustellen, die den Menschen in bestmöglicher Weise die materiellen Güter und Dienste vermittelte. Daß dem Gewinn des Kaufmanns eine wirkliche Leistung entspreche, dieses war die Sorge der Kirche und ihrer Moralisten, und nicht, wie man zu Unrecht behauptet hat, eine irgendwie angeborene Abneigung gegen den Handel« (Schwierigkeit und Ethos des Kaufmannsstandes, Ansprache v. 10. 9. 1953).

Ähnliche Gedanken enthält auch der Brief, den der Substitut des Staatssekretariats, *A. dell'Acqua*, unter dem 23. 9. 1956 an die 29. Soziale Woche der Katholiken Italiens in Bergamo richtete:

»... in einer gut geordneten Gesellschaft muß, wie der hl. Thomas mit Recht hervorhebt, »eine genügende Menge von Sachgütern vorhanden sein, deren Gebrauch zum sittlich guten Leben notwendig ist«. Die Anerkennung dieser sittlichen Forderung – die zugleich eine wirtschaftliche Forderung ist, weil es ohne Beachtung des Sittengesetzes keine gesunde Wirtschaft geben kann – führt zur Überwindung jener kapitalistischen Wirtschaft, die auf den liberalistischen Grundsätzen aufgebaut ist. Diese setzte das Ziel der wirtschaftlichen Erzeugung fast ausschließlich in einen möglichst hohen Unternehmergeinn. Das steht aber in klarem Gegensatz zur Personwürde des Menschen. Denn eine solche Auffassung bedeutet zugleich die Leugnung der geistigen Werte, die unmenschliche Ausbeutung der Arbeit und die Versklavung des Menschen an die Maschine, was alles den entsetzlichen Zwiespalt unseres Zeitalters bestätigt, daß, »während der tote Stoff veredelt die Stätten der Arbeit verläßt, die Menschen dort an Leib und Seele verdorben und degradiert werden«.

Kein Gewinn ohne entsprechende Leistung

b) Papst Johannes XXIII. (1958–1963)

Leistung
und Gewinn
klaffen
oft aus-
einander

Johannes XXIII. rügt die Möglichkeit der Erzielung von Gewinnen oder hohen Einkommen, denen keine entsprechende Gegenleistung gegenübersteht, wenn er beklagt, »daß in den wirtschaftlich fortgeschrittenen Ländern Leistungen von geringerer Bedeutung oder fraglichem Wert nicht selten hohe und höchste Entgelte erzielen, die ausdauernde und werteschaaffende Arbeit ganzer Schichten arbeitsamer und ehrbarer Bürger dagegen allzu niedrig entgolten wird« (Enzyklika »Mater et Magistra«, 1961, Nr. 70).

6. *Der heutige Unternehmer als Betroffener:*

»So ist der Gewinn notwendiges Element der Marktwirtschaft und Lebensvoraussetzung für jedes Unternehmen. Gewinn ist deshalb in der Marktwirtschaft zwar notwendig, aber doch nicht der Zweck der wirtschaftlichen Tätigkeit. Wie der Mensch nicht lebt, um zu atmen, aber andererseits auch ohne zu atmen nicht leben kann, wirtschaftet der Mensch nicht, um Gewinne zu machen, aber andererseits kann er auch nicht ohne Gewinne wirtschaften. Und wie sich ein Neugeborenes zunächst einmal nur auf das Atmen konzentriert, so ist auch das junge Unternehmen im Gründungsstadium zunächst einmal auf die Gewinnerzielung fixiert. In den Motiven für das wirtschaftliche Handeln spielt auch beim Unternehmer der Eigennutz eine Rolle. Aber vermutlich keine größere als bei anderen Menschen auch. Nahezu alle Biographien über bedeutende Unternehmer zeigen, daß es diesen Menschen um die Realisierung einer Idee, nämlich um die Produktion neuer Güter und Dienstleistungen geht. In einer Gesellschaftsordnung mit Privateigentum ist der Gewinn lediglich der materielle Maßstab dafür, daß die Gesellschaft die vom Unternehmer hergestellten Güter und Dienstleistungen akzeptiert hat, und somit zugleich ein gesellschaftliches Stimmungsbarometer. Es ist hierbei geradezu eine List der Idee, daß der Unternehmer seinen Eigennutz mit dem Eigennutz anderer verbinden muß. Und

das gilt nicht nur für den Unternehmer, sondern auch für den Arbeitnehmer bei seiner Gehaltsverhandlung, für die Hausfrau beim Einkauf, den Erfinder und Autor beim Verkauf ihrer geistigen Erzeugnisse, ja für alle Menschen einer freien Gesellschaft« (Ernst H. Plesser, Privatunternehmen und Gewinn, in: uniapac, Zeitschrift des Weltverbandes christlicher Unternehmer. Ausg. f. Deutschland, Österreich, Schweiz, 6. Jg. (1973), Nr. 1, 19. – E. H. Plesser ist Generalbevollmächtigter der Deutschen Bank AG Frankfurt/M.)

II. Kritische Stellungnahme zum Urteil der Geschichte

1. Im vorchristlichen und christlichen Altertum, im katholischen Mittelalter und in der religiösen Unterweisung der Gegenwart wurde und wird der Gewinn in erster Linie und vielfach ausschließlich unter moralischen Gesichtspunkten befragt und meist negativ kritisiert. Wirtschaftliche Überlegungen, etwa die Frage nach der Funktion des Gewinns in einer arbeitsteiligen, dynamischen Wirtschaft, wurden selten oder gar nicht angestellt.

Überwiegend moralische Betrachtungsweise

2. Die Kritik am Gewinn und am Gewinnstreben, etwa sich ausdrückend im Zins und in der Zinsnahme, hatte bei *Platon* und *Aristoteles* einen entartungstheoretischen Einschlag. Die im wesentlichen auf Selbstgenügsamkeit aufbauende Wirtschaft, die nicht auf gewinnbringenden Warenumsatz gerichtet ist, sondern auf die standesgemäße Versorgung der Hausgenossen (*oikonomia* = Haushaltungskunst), entspricht der »natürlichen« Ordnung der Gesellschaft, in der auch die Bürgertugenden gedeihen. Der Handel zerstört diese Ordnung, läßt sie entarten und ist daher einzuschränken.

Gewinnstreben führt zur Entartung

3. Ähnliche Gedanken beherrschten auch die von der antiken Gesellschaftsphilosophie beeinflussten Kirchenväter und Theologen des Mittelalters (Scholastik). Hier kam noch die Überlegung von der »Unfruchtbarkeit des Geldes« hinzu. In einer stationären Wirtschaft, die ohne Produktivitätssteigerungen nur sich selbst reproduziert (stationärer Kreislauf), fällt ex definitione kein Gewinn an. Dies entsprach

»Geld ist unfruchtbar«

weitgehend der tatsächlichen Lage der Wirtschaft vor der technisch-wirtschaftlichen Revolution. Folglich war die generelle Zinsnahme für Geldleihe verboten (kanonisches Zinsverbot), da ein Nominalzins nur gerechtfertigt sein kann, wenn er als Äquivalent für eine Realverzinsung von investiertem Kapital gelten kann. Das war aber in der vorindustriellen Wirtschaft durchgängig nicht der Fall. Nur für die Fälle, wo konkret eine reale Chance der gewinnbringenden Investition mit Hilfe eines Darlehns nachgewiesen werden konnte, bildeten sich allmählich sogenannte »Zinstitel« heraus, die eine Zinsvereinbarung bei Darlehns- geschäften erlaubten. Über diese Zinstitel im Verein mit der tatsächlichen wirtschaftlichen Entwicklung wurde allmählich das allgemeine kirchliche Zinsverbot hinfällig.

4. *Marx* und *Lassalle* argumentierten wirtschaftlich. *Marx* interessierte die moralische Seite des Gewinns (Mehrwert, Profit) nicht sehr. Ob der Gewinn, der Profit, Unrecht sei, das, so drückte er sich aus, sei Ansichtssache in einer Gesellschaft. Ihn interessierte der Mehrwert nur als wichtiges wirtschaftliches Element in der Analyse der kapitalistischen Wirtschaft und in der Darstellung der Widersprüche der kapitalistischen Wirtschaftsweise bis zu ihrem Zusammenbruch. – *Lassalle* sah das Gewinnproblem auch von der moralischen Seite. Gewinn ist für ihn vorenthaltener Lohn, Schmälerung des Rechts der Arbeiter auf den »vollen Arbeitsertrag«.

Einseitig-
keit bei
K. Marx

Beide, *Marx* und *Lassalle*, sahen die wirtschaftliche Wertschöpfung, die Hervorbringung des Wirtschaftsertrages, unikausal auf die menschliche Arbeit bezogen. Das Kapital war für sie nur durch Macht von Kapitalisten an sich gebrachte »vorgetane Arbeit«, in der der dem Arbeiter vorenthaltene Mehrwert sich kristallisiert, also ebenfalls auf Arbeit rückführbar. Folglich stellte sich für sie die Wachstumsgleichung (Produktionsfunktion) des Sozialprodukts (Volkseinkommens) wie folgt dar:

$$(1) wE = (f) m \cdot wA + n \cdot wK.$$

Dabei ist:

wE = Wachstumsrate des Sozialprodukts (in Währungseinheiten)

- wA = Wachstumsrate des Arbeitseinsatzes (in Arbeiterstunden zu geltenden Lohnsätzen)
 wK = Wachstumsrate des Sachkapitals (in Preisen für Kapitalgüter)
 m = Produktionselastizität der Arbeit
 n = Produktionselastizität der Kapitals.

5. Empirische Überprüfungen zur langfristigen Zunahme des Sozialprodukts in verschiedenen Ländern unter Zugrundelegung der obigen Wachstumsgleichung haben ergeben, daß das reale Sozialprodukt in den vergangenen Jahrzehnten wesentlich stärker gestiegen ist als der zusätzliche kombinierte mengenmäßige Einsatz an Arbeit und Kapital. Daraus folgt: Das Wachstum des Sozialprodukts konnte nicht mehr, wie Marx im Anschluß an die klassische Nationalökonomie meinte, hinreichend durch den vermehrten Einsatz von Kapital und Arbeit erklärt werden. Das Ergebnis ließ nur den Schluß zu: Auf der rechten Seite der obigen Wachstumsformel fehlt ein wichtiger Einflußfaktor. Welches ist dieser Faktor?

Den neuen Faktor nannte man zunächst einmal einfach »technischer Fortschritt«. Damit wurde die alte Produktionsfunktion (Wachstumsgleichung) wie folgt ergänzt:

$$(2) \quad wE = (f) m \cdot wA + n \cdot wK + x \cdot wT.$$

Im langfristigen Vergleich hat sich in den Industrieländern der »technische Fortschritt« (T) sogar als der eigentlich »tragende Faktor« (G. Bombach) der wirtschaftlichen Entwicklung erwiesen.

*Gewinn
durch tech-
nischen
Fortschritt*

Allerdings ist der technische Fortschritt, auch »Residualfaktor« oder »dritter Faktor« genannt, ein in sich hochgradig verflochtenes Bündel von vielen Einzelfaktoren, unter das subsumiert werden können:

- a) der technische Fortschritt i. e. S. (Ersatz alter Maschinen durch neue und leistungsfähigere)
- b) Verbesserung der Betriebsorganisation und des Betriebsklimas
- c) Typisierung der Produktion (Mengenaufgaben)
- d) bessere Leistungs- und Erfolgskontrolle
- e) bessere Bildung und Ausbildung der im Betrieb Tätigen
- f) Einführung einer neuen Produktionsfunktion

- g) Erschließung neuer Bezugs- und Absatzmärkte
- h) Verbesserung der Standortverteilung
- i) Strukturwandel zu leistungsfähigeren Branchen und Sektoren
usw.

6. Die hier genannten Einzelfaktoren des Syndroms »technischer Fortschritt« verteilen sich in der wirtschaftlichen und betrieblichen Wirklichkeit auf viele Schultern. Sie sind aber nur teilweise und in den meisten Fällen auch dann nur bedingt dem Faktor »Arbeit« zuzuordnen, wie *Marx* und *Lassalle* ihn kannten. Sie verteilen sich vielmehr auf Ingenieure, Techniker, leitende Angestellte und – soweit letztere es nicht oder nicht allein sind – auf die Personen, die man Unternehmer nennt. Sie sind es, die an der Erzielung von Gewinn eines Unternehmens maßgeblich beteiligt sind. Aus diesem Grunde könnte man den in der obigen Produktionsfunktion (2) ausgewiesenen Faktor wT noch einmal unterteilen in: wT (i. e. S.) und wU = zusätzliche spezifisch unternehmerische Leistung.

Technischer Fortschritt ist Teamarbeit

7. Daß die Zurechenbarkeit des wirtschaftlichen Wachstums und damit der Ermöglichung von Gewinn auf die einzelnen Personen und Faktoren nicht immer, sogar meistens nicht, mit letzter Exaktheit erfolgen kann, ist einsichtig. Wie weit die einzelnen Personen und Faktoren allerdings für ihren tatsächlichen Beitrag abgegolten werden, das ist eine Frage, die z. Z. von Unternehmen zu Unternehmen unterschiedlich geregelt ist. Sicher ist, daß der Unternehmer nicht allein den Gewinn erwirtschaftet; sicher ist aber ebenso, daß viele Unternehmer maßgeblich an der Erwirtschaftung des Gewinns beteiligt sind. – Den Unternehmer haben *Marx* und *Lassalle* im Gefolge der klassischen Nationalökonomie völlig übersehen.

Gewinn hat viele Väter

8. Erst in den letzten Jahren wird die wirtschaftliche und soziale Bedeutung des Gewinns für eine arbeitsteilige, dynamische Volkswirtschaft auch in der nationalökonomischen Literatur stärker gesehen und gewürdigt.

Wandel im Urteil

III. Begriff, Höhe und Funktionen des Unternehmergewinns

1. Was ist Unternehmergeinn (Unternehmensgewinn)

Wenn ein Unternehmen seine Jahresbilanz und seine Gewinn- und Verlustrechnung aufmacht, dann erscheint dort – falls es einen Überschuß erwirtschaftet hat – eine Position unter der Bezeichnung »Bilanzgewinn«. Zusammen mit den sog. »Rücklagen« bildet er den »Jahresüberschuß«.

Dieser Jahresüberschuß ist nun keineswegs identisch mit dem UG i. e. S.; denn er umfaßt in sich wieder drei verschiedene Teile: Den Unternehmerlohn, den Eigenkapitalzins und den eigentlichen Unternehmergeinn.

Unklar-
heiten über
Gewinn-
Begriff

Der Unternehmerlohn

ist, wie bereits das Wort sagt, Entgelt für die Eigenleistung eines Unternehmers. Dieses Entgelt muß man rechnerisch so hoch ansetzen wie das Gehalt eines Geschäftsführers, Vorstandes oder wie immer man solche Personen nennen mag, falls jemand sein Unternehmen durch eine fremde Person führen läßt. – Frei von Unternehmerlohn ist der Bilanzgewinn von Kapitalgesellschaften, weil dort die Leitung bei Geschäftsführern und Vorständen liegt, die ihr Gehalt beziehen. – Die als Unternehmerlohn rechnerisch anzusetzenden Teile des Bilanzgewinns sind also *Kosten* für eingesetzte eigene Arbeit und daher nicht Gewinn.

Die Eigenkapitalverzinsung

ist die rechnerische Verzinsung des von Unternehmern (Unternehmen) eingesetzten Eigenkapitals zu marktüblichen Zinssätzen. Der Unternehmer könnte ja sein Vermögen auch anderswie gewinnbringend anlegen – z. B. in festverzinslichen Papieren, Aktien, auf einem Bankkonto usw. Da Zinsen aber *Kosten* sind, stellt der Eigenkapitalzins als Teil des Jahresüberschusses ebenfalls einen Kostenbestandteil dar, ist also kein eigentlicher UG, ebensowenig

wie die Zinsgutschrift, die der Arbeitnehmer am Ende des Jahres auf seinem Sparkonto erhält.

Der eigentliche UG ist schließlich jener Teil des Jahresüberschusses, der nach Abzug von Unternehmerlohn und Eigenkapitalverzinsung noch übrigbleibt. In vielen Fällen dürfte dieser Posten, scharf kalkuliert, trotz positiven Jahresüberschusses negativ sein.

2. Die Höhe des Gewinns

Phantastische Vorstellungen über Gewinnhöhe

Über die Höhe der Gewinne herrschen vielfach sehr ungenaue Vorstellungen. Dies gilt schon für die Jahresüberschüsse (s. o. unter III. 1.), auf die meist abgestellt wird, von dem eigentlichen UG ganz zu schweigen.

Um herauszufinden, was deutsche Bundesbürger über die Höhe der Gesamtgewinne denken, gab die Illustrierte STERN beim Hamburger Forschungsinstitut »Sample« eine Umfrage in Auftrag.

Auf die *Frage*: »Firmen wie Daimler-Benz, Siemens und Thyssen sind in der ganzen Welt bekannt. Wenn Sie die Gewinne solcher Firmen schätzen sollten, was würden Sie sagen: Die Gewinne sind zu hoch, zu niedrig oder angemessen?« – *Ergebnis*: Von je hundert befragten Bundesbürgern halten 57 die Gewinne für zu hoch, 34 für angemessen, 2 für zu niedrig, 7 äußerten keine Meinung.

Weitere Frage: »Wieviel Pfennig Gewinn bleibt deutschen Industrie- und Handelsfirmen von jeder Mark, die sie einnehmen, übrig, wenn alle Kosten – wie Löhne, Rohstoffe und Steuern – bezahlt sind?« – *Antwort*: Im Durchschnitt wurde ein Gewinn von 26,4 Pfennig je Mark Umsatz geschätzt. Das ist eine Überschätzung um das Zehnfache (!). Tatsächlich beträgt die Umsatzrendite der großen Aktiengesellschaften der Industrie nur etwas über 2,5 Prozent (bei Personengesellschaften und Einzelkaufleuten liegt sie etwas höher; vgl. unten die Zahlen der Deutschen Bundesbank vom November 1972).

Die Volkswagen AG hat 1971 (ein aus verschiedenen Gründen für die Firma allerdings besonders schlechtes Jahr)

sogar nur 0,1 Prozent Umsatzrendite (= 0,10 Pfennig [!] je Mark) erwirtschaftet. Das bedeutet genau 5,21 Mark Verdienst für einen VW Käfer vom Typ 1302. – Die Daimler-Benz AG erzielte im gleichen Jahr 1,6 Prozent; das machte auf einen Mercedes 200 zu damaligen Listenpreisen (12 050 Mark) einen Profit von 193 Mark. Träfe dagegen die oben angegebene Schätzung der Bundesbürger zu, dann hätte Daimler-Benz an jedem Mercedes 200 mehr als 3000 Mark verdienen müssen (vgl. STERN, Nr. 18 v. 26. April 1973, 125–127).

Folgende Zahlen hat die Deutsche Bundesbank ermittelt und veröffentlicht (z. T. für unsere Zwecke umgerechnet):

*Jahresüberschüsse und Umsatzrenditen
der deutschen Unternehmen nach Rechtsformen*

Rechtsform	Jahr	Anzahl der Unternehmen	Jahresüberschuß (in % d. Rohertrages)	Roh-ertrag in % des Umsatzes	Umsatz-gewinn (DM Gewinn je 100 DM Umsatz) (Sp. 5 auf 4)
1	2	3	4	5	6
Aktien-gesellschaft	1967/68	990	6,2	48,0	2,98
	1968/69	868	6,6	47,3	3,12
	1969/70	785	5,8	47,4	2,75
Gesell-schaften mbH	1967/68	4 258	5,3	32,8	1,74
	1968/69	4 654	5,8	33,5	1,94
	1969/70	4 087	5,5	33,9	1,86
Personen-gesellschaften	1967/68	12 461	10,9	35,5	3,87
	1968/69	14 796	11,7	35,9	4,20
	1969/70	11 736	10,7	36,2	3,87
Einzel-kaufleute	1967/68	8 246	11,6	32,6	3,78
	1968/69	10 021	13,2	32,8	4,33
	1969/70	6 576	12,0	32,8	3,94

*Objektive
Zahlen
(Dt. Bun-
desbank)*

Quelle: Monatsberichte der Deutschen Bundesbank, 24. Jg. (1972), Nr. 11, S. 44, Tabelle 11.

Mögen die Gewinne großer Unternehmen, in absoluten Ziffern gesehen, auch respektabel sein, so zeigen die vorstehenden Zahlen doch sehr deutlich, daß der Weg von der Gewinn- in die Verlustzone nicht sehr weit ist. Sie zeigen ferner, wie begrenzt, aufs Ganze gesehen, die Möglichkeiten allgemeiner Preissenkungen sind. Sie betragen nach der oben dargestellten Tabelle zwischen 1,74 und 4,33 Mark je 100 Mark Umsatz. Was darüber hinausgeht, führt in die roten Zahlen, d. h. in die Verlustzone.

3. Die Funktionen des Gewinns

Aufrechterhaltung der Vollbeschäftigung

Am einleuchtendsten ist die Funktion des Gewinns für die Aufrechterhaltung der Vollbeschäftigung, d. h. für eine Produktionshöhe, bei der die Produktionsanlagen und die Arbeitskräfte ausgelastet sind. Dies ist leicht nachzuweisen.

Die einzelnen Betriebe einer Branche der Volkswirtschaft arbeiten mit unterschiedlichen spezifischen Produktionskosten, was immer im einzelnen die Gründe dafür sein mögen. In einem solchen Falle kann aber ein gewinnloser Zustand kein gesamtwirtschaftliches Gleichgewicht herbeiführen. Vielmehr werden die kostengünstigeren Betriebe gegenüber den weniger günstig produzierenden Betrieben einen Differentialgewinn realisieren. Wäre das nicht der Fall, würde die Volkswirtschaft – freie Marktwirtschaft vorausgesetzt – zusammenbrechen. Es würden Betriebsstillegungen und Arbeitslosigkeit folgen.

Damit läßt sich nach *Wilfrid Schreiber* auch die Frage beantworten:

»Wie hoch soll die volkswirtschaftliche Gewinnsumme, die Summe aller Unternehmergewinne, im Idealfall sein? Keinesfalls soll sie eine Überlebensgarantie für untüchtige und glücklose Unternehmer sein. Aber ein bestimmtes Kriterium für die Größe der Unternehmergeinn-Summe läßt sich aus dem Gemeinwohlpostulat der Vollbeschäftigung

Vollbeschäftigung

ableiten: die Unternehmern-Gewinn-Summe soll so groß sein, daß der kostengünstigste Betrieb, dessen Nachfrage nach Arbeit gerade noch erforderlich ist, um das Arbeitsangebot voll zu absorbieren, also den Zustand der Vollbeschäftigung herbeizuführen und zu erhalten, gerade mit \pm Null davon kommt, also Anlaß hat, im Markt zu verbleiben« (Wilfrid Schreiber, Die gesellschaftlichen Funktionen des Unternehmern-Gewinns, Beiträge zur Gesellschaftspolitik, Nr. 2, hrsg. v. Bund Katholischer Unternehmer e. V., Köln 1968, S. 8).

Signalwirkung oder Lenkungsfunktion des Gewinns

Eine weitere wichtige Funktion des Gewinns ist seine Signalwirkung oder Lenkungsfunktion in der Volkswirtschaft.

»Wenn eine Unternehmung hohen Gewinn erzielt, so ist dies nur der Ausdruck dafür, daß die Gesellschaft das Produkt dieser Unternehmung besonders dringend begehrt und mehr davon zu verbrauchen wünscht. Der Unternehmern-Gewinn hat also auch eine sehr wichtige Signalwirkung. Er zeigt dem betreffenden Wirtschaftszweig an, daß es angezeigt ist, eine größere Produktmenge anzubieten, also seine Produktionskapazität durch Neuinvestitionen zu vergrößern und entsprechend mehr Arbeitskräfte durch höheres Lohnangebot an sich zu ziehen« (ebenda, S. 15).

Auch im Ostblock ist seit einigen Jahren die Lenkungs- oder Steuerungsfunktion des Gewinns wiederentdeckt worden, wengleich man es aus ideologischen Gründen vermeidet, diesen inkriminierten Begriff des Kapitalismus zu verwenden und statt dessen von »finanzwirtschaftlichen Steuerungsinstrumenten« oder von »materieller Interessiertheit« spricht.

*Lenkungs-
funktion*

Gewinn als Quelle der Fortschrittsfinanzierung

Ferner hat der UG eine wichtige Funktion als Quelle der Investitionsfinanzierung zu erfüllen. Der Gewinn setzt ein Unternehmen in den Stand der komparativen Investitionsüberlegenheit gegenüber weniger reüssierenden Konkurrenten. Die Innovation, die Rationalisierung schafft Gewinn, der Gewinn ermöglicht die mit Risiken behaftete weitere

*Gewinn und
Fortschritt*

Innovation, so daß der Prozeß zu einem kumulativen Geschehen werden kann. Nur Innovation und Fortschritt ermöglichen positive Profitmargen, und nur diese setzen das Unternehmen in die Lage, weitere Innovationen zu wagen.

Gewinn als billigste Form der Investitionsfinanzierung

*Gewinn und
Investition*

Gewinn ist im allgemeinen die billigste Form der Investitionsfinanzierung. Denn aus dem Motiv der Gewinnerzielung wird der private Investor immer wieder die ergiebigsten Investitionsmöglichkeiten aufzuspüren suchen. So wird »ein Höchstmaß an Rationalität der Investitionen erzielt, so daß die volkswirtschaftliche Investitionsquote insgesamt relativ klein gehalten werden kann« (*W. Frickhöffer*). – Allerdings ist die Deckung der Produktionskosten durch den Produktionserlös und eine gewisse Gewinnmarge nur ein unabdingbares und lebenswichtiges Erfordernis des privatwirtschaftlichen Sektors einer Volkswirtschaft. Eine zentrale Verwaltungswirtschaft kann und wird immer wieder Ressourcen verschleudern, um die – durch ihr eigenes System verschuldet – gewinnlos oder gar mit Verlust arbeitenden Betriebe mit durchzuziehen. Dadurch erweist sich die zentrale Verwaltungswirtschaft im Vergleich mit der privaten Unternehmerwirtschaft als »gefährliches Ungeheuer« von volkswirtschaftlich wertvollem Kapital. Deshalb ist »die Investitionsquote dort höher, der Arbeiterkonsum muß stärker eingeschränkt werden« (*ders.*).

Literaturhinweise:

Rüstow, Hans-Joachim: Die gesamtwirtschaftliche Bedeutung des Unternehmergewinns. Eine Differentialgewinn-Theorie; in: *Der Mensch im sozio-ökonomischen Prozeß*. Festschrift für Wilfrid Schreiber zum 65. Geburtstag, Berlin 1969, 165 ff.

Schreiber, Wilfrid: Die gesellschaftlichen Funktionen des Unternehmergewinns. Beiträge zur Gesellschaftspolitik. Hrsg. v. Bund Katholischer Unternehmer e. V., Nr. 2, Köln 1968.

Weber, Wilhelm: Unternehmer im Entscheidungsprozeß; in: *Menschen im Entscheidungsprozeß*. Hrsg. v. Alfred Klose und Rudolf Weiler, Wien/Freiburg/Basel 1971, 265 ff.

Ders.: Der Unternehmer. Eine umstrittene Sozialgestalt zwischen Ideologie und Wirklichkeit, Köln 1973, bes. 79 ff.

Nell-Breuning, Oswald v.: Kapitalismus und gerechter Lohn, Freiburg i. Br. 1960 (Herder-Bücherei, Bd. 67), bes. 58 ff.